



Versuch einer Charakterisierung
von Kriegsdienstverweigerern
im Vergleich mit Soldaten

¹¹⁰
L. MONTADA / A. SCHNEIDER

Nr. SO-1-86

März 1986

ARBEITSBERICHTE

PSYCHOLOGISCHER DIENST
DER BUNDESWEHR

HERAUSGEBER: BUNDESMINISTERIUM DER VERTEIDIGUNG - P II 4

Vorbemerkung

Die vorliegende Arbeit beruht auf Daten, die im Oktober/November 1982 in einer Zivildienstschule in Rheinland-Pfalz und Ende Dezember 1982 in mehreren Bundeswehreinheiten in Koblenz erhoben worden sind. Die Erhebung wurde durch den BMJFG und den BMVg organisatorisch unterstützt. Für die Unterstützung durch den Herausgeber war u.a. maßgebend, daß bei der Untersuchung eine Anzahl neuer Erhebungsinstrumente eingesetzt wurde, die auch bei Meinungsbefragungen des PsychDstBw genutzt werden können. Nach Auffassung des Herausgebers ist die vorliegende Erhebung ein gutes Beispiel dafür, wie Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Meinungsbefragungen methodisch nachvollziehbar herausgearbeitet werden. Der Herausgeber stimmt mit den Autoren überein, daß die Erhebungsergebnisse lediglich Aussagen über Stichproben erlauben, deren Repräsentativität für die Gesamtheit der Zivildienstleistenden bzw. der Grundwehrdienstleistenden nicht gültig beurteilt werden kann.

Der Bundesminister der Verteidigung

P II 4



Untersuchung / Bericht Nr. (Report Nr.): Arbeitsbericht SO-1-86	Datum (Date): März 1986
Titel / Untertitel (Title / Subtitle): Versuch einer Charakterisierung von Kriegsdienstverweigerern im Vergleich mit Soldaten (Conscientious Objectors and Soldiers in Comparison)	
Autor(en)/Ausführende Stelle mit Adresse (Author(s)/Performing agency with address): Leo Montada Angela Schneider Universität Trier - Fachbereich I Postfach 38 25 5500 Trier	
Die Herausgabe erfolgt unabhängig davon, ob die vom Verfasser / von den Verfassern vertretenen Auffassungen mit der des Bundesministers der Verteidigung übereinstimmen. (The Publication is independent of whether the opinion expressed by author(s) accords with that of the Federal Minister of Defence.)	Verschlusgrad: (Security classification):
Zusammenfassung: In einer Fragebogenerhebung wurden 86 Kriegsdienstverweigerer im Zivildienst und 85 Soldaten im Grundwehrdienst in bezug auf politische Einstellungen und Bewertungen verglichen. Die Einstellungs- und Bewertungsskalen wurden größtenteils von den Autoren selbst entwickelt. Die Kriegsdienstverweigerer konnten als eine kritische politische Minderheit charakterisiert werden, deren spezifische politische Überzeugungen von der Mehrheitsmeinung - repräsentiert durch die Soldaten - abweicht. Im einzelnen fielen die Kriegsdienstverweigerer im Vergleich zu den Soldaten durch eine deutliche Ablehnung der Ordnungsgewalt des Staates, durch eine deutliche Bereitschaft zu unkonventionellen politischen Protestformen (teilweise unter Inkaufnahme von Gewalttätigkeiten) durch ein hohes Maß an politischer Entfremdung, eine klare Ablehnung der deutschen Verteidigungspolitik und eine Bejahung des Austragens von Konflikten in der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung auf. In Diskriminanzanalysen konnten die beiden Gruppen (Zivildienstleistende und Soldaten) mit hoher Zuverlässigkeit auf der Basis der genannten Dimensionen unterschieden werden. Konsequenterweise sind die Kriegsdienstverweigerer mehrheitlich Anhänger der Grünen, die als Alternative gegen die traditionellen Parteien angetreten sind, während sich die Soldaten mehrheitlich als Anhänger der CDU/CSU und der SPD darstellen.	

Fortsetzung (continued):

Abstract:

85 soldiers serving their time in the military service and 86 conscientious objectors evading the draft by substituting time in civic services were compared regarding their political attitudes and opinions via questionnaire. The scales used in the study were mostly constructed by the authors themselves. The conscientious objectors could be characterized as a critical political minority showing specific political opinions which deviate from the opinions of the majority - represented in this case by the soldiers. Contrary to the soldiers conscientious objectors showed a distinct rejection of the legitimacy of governmental power for law and order, a marked readiness for unconventional political protest (some up to tolerating violence), a high degree of political alienation, and a distinct rejection of West Germany's defense policy. Based on the above dimensions the two groups (conscientious objectors and soldiers) could be distinguished in discriminant analyses with a high degree of reliability. As expected, the majority of the conscientious objectors favore the "Grünen" (greens), a political group started as an alternative to the traditional political parties, whereas most of the soldiers prefer the political course of the traditional parties CDU/CSU and SPD.

Schlagwörter (Key words):

1. Problemstellung

Das Recht auf Verweigerung des Kriegsdienstes und damit auch des Wehrdienstes ist im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Artikel 4, Absatz 3 verankert. Dieses Recht - politisch als Ausnahmerecht gedeutet - wird nur von einer Minderheit in Anspruch genommen, die Mehrheit der Wehrpflichtigen leistet den Wehrdienst ab (JAENECKE 1977, BLUMENWITZ 1978, RÖSSLER 1979). Befragungsergebnisse im letzten Jahrzehnt deuten auf eine überwiegend positive Einschätzung des Wehrdienstes und der Wehrdienstleistenden durch die Bevölkerung hin. Schon in den 70er Jahren wurde eine wachsende Bereitschaft der Jugendlichen zur Ableistung des Wehrdienstes (BRINGMANN 1975, SEIDLER & REINDL 1979) und eine steigende Bejahung der Bundeswehr durch die Bevölkerungsmehrheit registriert. SCHÖNBORN (1981) berichtet, daß annähernd 80% der bundesdeutschen Bevölkerung die Bundeswehr im Frühjahr 1980 als wichtig bzw. sehr wichtig einstufen.

Während das verfassungsmäßige Recht auf Kriegsdienstverweigerung in der Bevölkerung überwiegend befürwortet wird (die Zustimmung steigt mit der Höhe der Schulbildung, sie sinkt mit zunehmendem Alter und wurde entschiedener von SPD- und FDP-Anhängern als von CDU-Anhängern vertreten, vgl. KRÖLLS 1980, p. 75), scheint die soziale Wertschätzung der Person des Kriegsdienstverweigerers generell nicht so hoch zu sein. Ende der 60er Jahre begannen junge Leute, vor allem innerhalb der Studentenbewegung, die Kriegsdienstverweigerung nicht mehr nur als Ausdruck religiös-weltanschaulicher Überzeugungen, sondern als Mittel politischen Protests und als Beitrag zum Frieden zu verstehen. Die Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung reagierte mit Ablehnung (KEPPLINGER & HACHENBERG 1980, KRÖLLS 1980). Fast jeder zweite Deutsche (45%) bezeichnete 1968 nach Umfragen des Instituts für Demoskopie in Allensbach die Kriegsdienstverweigerer als "Drückeberger", weniger als ein Drittel hielt deren Entscheidung für ehrliche Überzeugung (31%) (Institut für Demoskopie Allensbach 1983, p. 327, HECKER & SCHUSSER 1980).

Die Befragungsergebnisse über die Einschätzung der Verweigerer durch die Bevölkerung mögen sich je nach historischer Situation verändern, was wohl auch für die offiziellen regierungsamtlichen Einstellungen und Stellungnahmen zutrifft. Ein historischer Wandel ist aber nicht nur in den Meinungen über die Verweigerer wahrscheinlich, sondern auch in Merkmalen, Wertüberzeugungen, politischen und persönlichen Ansichten und Anliegen der Verweigerer selbst.

Wir haben uns die Frage gestellt, ob die Kriegsdienstverweigerer über den Tatbestand der Verweigerung hinaus eine Minorität darstellen, die durch bestimmte Einstellungen und Verhaltensbereitschaften gekennzeichnet ist. Wir können als Antwort auf diese Frage nur eine historische Momentaufnahme geben, und zwar aus dem Jahr 1982. Heute und morgen kann sich das Bild gewandelt haben.

Den thematischen Rahmen der erfaßten Wertüberzeugungen und Verhaltensbereitschaften bildete der politische Bereich, vor allem weil wir von der Annahme ausgingen, daß die Kriegsdienstverweigerung meist auch eine politische Entscheidung gegen eine Institution mit politischer Funktion, die Bundeswehr, ist, und somit auch politische Auseinandersetzung erfordert (KRÖLLS 1980).

Wir haben uns der Frage einer möglichen Charakterisierung der Verweigerer als einer Minderheit mit spezifischen politischen Einstellungen und Verhaltensbereitschaften über den Vergleich einer Stichprobe von Zivildienstleistenden mit einer vergleichbaren Stichprobe von Soldaten im Grundwehrdienst genähert. Wir entschieden uns für wehrdienstleistende Soldaten als Vergleichsgruppe, erstens weil siemehrheitlich aufgrund ihrer Entscheidung zum Wehrdienst, wie auch bisher vorliegende empirische Befunde zeigen, als den politischen Überzeugungen und Verhaltensbereitschaften der Mehrheit der Bevölkerung ähnlich angenommen werden können (LIPPERT, SCHNEIDER & ZOLL 1976, NAGEL & STARKULLA 1977), und zweitens weil diese Gruppe während ihrer Dienstzeit ähnlichen strukturellen Rahmenbedingungen unterliegt wie die Zivildienstleistenden (z.B. Dienstpflicht, Einschränkung der Bürgerrechte).

Im einzelnen sollte vor allem die Frage abgeklärt werden, ob sich der Minderheitenstatus der Zivildienstleistenden auf ihre Verweigerung beschränkt oder ob sich die Zivildienstleistenden durch kritische po-

litische Haltungen, die Positionen einer Minderheit darstellen, charakterisieren lassen. Da Zivildienstleistende eine von der Mehrheitsmeinung abweichende Entscheidung getroffen haben und im Einzelfall in der Beantragung und Durchsetzung ihrer Entscheidung nicht unerhebliche Schwierigkeiten zu überwinden hatten, interessierte weiter, welche Personmerkmale mit dieser Bereitschaft zum Bekenntnis einer Minoritätsmeinung und mit der Persistenz in der Durchsetzung eigener Entscheidungen verbunden sind. Wir dachten, daß sie sich durch die Fähigkeit zu nonkonformistischer Urteilsfindung und durch eine Neigung zu dogmatischer Konsistenz im normativen System auszeichneten. Die für die Messung dieser beiden Dimensionen ausgewählten Skalen erwiesen sich jedoch in psychometrischer Hinsicht als wenig überzeugend, so daß dieses Untersuchungsziel nicht weiter verfolgt wurde.

2. Methode

2.1 Stichproben

Wie bereits gesagt, sollte die Fragestellung dieser Arbeit durch einen Vergleich von Verweigerern und Soldaten beantwortet werden. Aus der Gruppe der Kriegsdienstverweigerer wurden Personen, die bereits als Verweigerer anerkannt waren und zum Befragungszeitraum ihren Zivildienst ableisteten, ausgewählt (im folgenden wird von ZDL gesprochen). Als Vergleichsgruppe dienten Soldaten, die den Grundwehrdienst ableisteten oder sich maximal für zwei Jahre verpflichtet hatten.

Von einer Befragung junger Männer, die noch vor ihrer Anerkennung als Verweigerer standen, wurde deshalb abgesehen, weil die in dieser Studie thematisierten Einstellungen und Handlungsbereitschaften auch Relevanz in Verhandlungen der Prüfungsausschüsse besaßen. Wir befürchteten daher, die Antworten könnten aus Angst vor nachteiligen Folgen für die Anerkennung als Verweigerer trotz Zusicherung der Anonymität verzerrt werden.

Da die hier interessierenden politischen Einstellungen mit dem Bildungsniveau korreliert sind (LIPPERT, SCHNEIDER & ZOLL 1976, NAGEL & STARKULLA 1977) und die Mehrheit der ZDL zur Zeit ihrer Anerkennung Gymnasiasten und Studenten sind (vgl. KRÖLLS 1980) sollten zur besseren Vergleichbarkeit in beiden Stichproben Personen mit mindestens Realschulabschluß aufgenommen werden. Beide Stichproben sollten zu-

sätzlich jeweils zur Hälfte aus Personengruppen, die am Anfang (erstes Quartal) und am Ende (letztes Quartal) ihres Dienstes stehen, rekrutiert werden, damit mögliche Sozialisationseffekte der Dienstzeit kontrollierbar würden.

Der Zugang zu den beiden Stichproben (ZDL und Soldaten) wurde durch das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit und das Bundesministerium für Verteidigung ermöglicht. Die ZDL (N = 92) wurden im Oktober/November 1982 in einer Zivildienstschule in Rheinland/Pfalz abends nach Unterrichtsende mittels Fragebogen befragt. Die Teilnahme an der Befragung war freiwillig.

Bei den Soldaten (N = 86) konnte die Untersuchung Ende Dezember 1982 an mehreren Bundeswehrstandorten in Koblenz durchgeführt werden. Die Teilnahme an der Befragung war aus organisatorischen Gründen nicht freiwillig, was sich nach dem übereinstimmenden Eindruck der vier Untersuchungsleiter nicht negativ auf die Motivation der Soldaten zu ernsthafter Beteiligung ausgewirkt hat: Die Befragung schien für die Soldaten eher eine willkommene und interessante Abwechslung im Bundeswehralltag zu sein.

Die Wahl der Befragungsorte tangiert möglicherweise die Repräsentativität insofern, als alle Soldaten Panzerdivisionen angehörten und die ZDL vor allem in Betreuungsdiensten freier Wohlfahrtsverbände (insbesondere Arbeiterwohlfahrt) arbeiteten. Die ZDL befanden sich mehrheitlich (94%) am Anfang ihrer Dienstzeit, die Soldaten waren zu 66% im ersten und zu 33% im letzten Drittel ihrer Dienstzeit. In bezug auf Bildungsniveau und Alter können die beiden Stichproben als vergleichbar angesehen werden (vgl. Tabelle 1).

2.2 Erhebungsinstrumente

Die nachstehend aufgeführten Skalen dienten zur Erfassung politischer Einstellungen und Handlungsbereitschaften. Die Skalen wurden mehrheitlich von den Autoren selbst entwickelt. Sie konnten in bezug auf ihre psychometrische Qualität nicht vorab überprüft werden, so daß der erste Auswertungsschritt in Dimensions- und Skalenanalysen bestand. Der Vergleich zwischen ZDL und Soldaten wurde mit den nach diesen Analysen optimierten Skalen vorgenommen.

(1) Rechtfertigung von Gewalt

Ausgehend von der Annahme, daß gerade die Frage nach der Anwendung von Gewalt in politischen Auseinandersetzungen bei den ZDL einen zentralen Punkt in ihrem Wertesystem berührt (vgl. etwa NAGEL & STARKULLA 1977, ROEDER 1977, KRÖLLS 1980), wurden Einstellungen zur Ausübung staatlicher Gewalt erfaßt. Die Skala wurde von den Autoren selbst entwickelt. Gewalt war als physische Gewalt (von Freiheitsentzug bis zur Tötung), deren Urheber als Subjekte erkennbar waren, definiert. Die Probanden wurden zu drei Klassen von Konfliktfällen (Staat-Einzeller, Staat-Gruppe, Staat-Staat) befragt, in denen aufgrund der spezifischen Bedingung eine Gewaltanwendung zur Konfliktlösung legitimiert werden kann, in denen allerdings auch prinzipiell andere Handlungsalternativen denkbar sind. Notwehrsituationen waren ausgeschlossen.

Eine Hauptkomponentenanalyse führte nach CATTELL's scree test zur Extraktion zweier Faktoren, die 51% der Itemgesamtvarianz aufklären, die sich nach Varimaxrotation im Verhältnis von 61% zu 39% auf die beiden Faktoren verteilt. Faktor 1 ist durch Items markiert, die mit "Legitimation innerstaatlicher Ordnungsgewalt" umschrieben werden können (Beispielitem: "Gewalttäter sollten härter bestraft werden."). Faktor 2 ist durch Items gekennzeichnet, die eine Befürwortung gewaltsamen Widerstands gegen Menschenrechtsverletzungen zum Inhalt haben (Beispielitem: "Einem totalitären Regime, das durch gewaltlosen Widerstand nicht verändert werden kann, kann man nur mit einem bewaffneten Befreiungskampf begegnen."). Da der zweite Faktor nur durch zwei Items repräsentiert ist, wurde auf die Bildung einer Teilskala mit diesen Items verzichtet. Die Items des ersten Faktors wurden zu der Skala "Rechtfertigung innerstaatlicher Ordnungsgewalt" zusammengefaßt. Sie weist eine interne Konsistenz von $\alpha = .88$ und eine Split-half Reliabilität von $r_{tt} = .86$ auf.

(2) Bereitschaft zu unkonventionellem politischen Engagement

Neben der Einschätzung staatlicher Mittel zur Konfliktlösung interessierte, inwieweit die ZDL und Soldaten selbst bereit sind, sich in politischen Konfliktsituationen auf außerparlamentarischem Wege zu engagieren, und welche Protestformen dabei in Frage kommen. Die Skala umfaßt 36 Items, die nach vier Anlaßsituationen in

vier Teilskalen untergliedert sind: Menschenrechtsverletzungen im In- und Ausland (1), Rechtsverletzungen in unmittelbarer geographischer Nähe (2), drohende Rechtsverletzungen durch die Gesellschaft (3), Verletzung persönlicher Normen durch politische Maßnahmen (4) (Beispielanlaß 1: "Sie erfahren, daß im In- oder Ausland gegen die Menschenrechte verstoßen wird. Wie verhalten Sie sich?").

Zu jedem dieser Anlässe wurden Ich-Sätze formuliert, in denen jeweils die Bereitschaft zu neun verschiedenen außerparlamentarischen Protestformen auf einer sechsstufigen Rating-Skala angegeben werden sollte.

Die interne Konsistenz und split-half Reliabilität für die einzelnen Teilskalen sind: Teilskala 1 zu Anlaß 1: $\alpha = .87$, $r_{tt} = .77$; Teilskala 2 zu Anlaß 2: $\alpha = .87$, $r_{tt} = .72$; Teilskala 3 zu Anlaß 3: $\alpha = .89$, $r_{tt} = .74$; Teilskala 4 zu Anlaß 4: $\alpha = .86$, $r_{tt} = .68$. Eine Überprüfung der Skalen auf Skalierbarkeit nach Guttman brachte noch akzeptable Ergebnisse (vgl. Tabelle 2). Ein Reproduzibilitätskoeffizient von $= .90$ und eine Skalierbarkeit von $= .60$ gelten im allgemeinen als gute Entsprechung (BEUTEL, TÜFFNER & SCHUBÖ 1980³, p. 350f.). Die erhaltenen Werte kommen nahe an diese Werte heran. Für alle vier Teilskalen konnte dabei folgende Rangreihe von Protestformen mit abfallender Schwierigkeit festgestellt werden: 1. bewaffneter Kampf, 2. Demonstration mit möglicherweise gewalttätigen Auseinandersetzungen, 3. Inkaufnahme von Sachschäden, 4. Sitzstreik oder Besetzung, 5. Flugblätter herstellen oder verteilen, 6. Beitritt zu einer Initiative, 7. Spenden, 8. friedliche Demonstration, 9. Teilnahme an einer Unterschriftensammlung.

(3) Politische Entfremdung

Die Bereitschaft zu außerparlamentarischem Protest gibt noch keine Auskunft über die Einschätzung der Funktionsfähigkeit des parlamentarischen Systems in der Bundesrepublik. Einen Aspekt dieser Einschätzung versuchten wir über die Dimension "politische Entfremdung" zu erfassen. Diese Skala wurde aus JAIDE (1978) übernommen. Sie enthält elf Aussagen zu den Themen Vertrauenswürdigkeit bzw. mangelnde Vertrauenswürdigkeit politischer Entscheidungsträ-

ger (Beispielitem: "Es ist eigentlich gar nicht so schlecht, was die von uns gewählten Politiker leisten.") und Kontrollierbarkeit bzw. fehlende Kontrollierbarkeit politischer Prozesse (Beispielitem: "Die Bürger haben keine Chance zu sagen, was in der Regierung gemacht werden soll.").

Nach Elimination eines trennschwachen Items wies die Skala eine interne Konsistenz von $\alpha = .87$ und eine split-half Reliabilität von $r_{tt} = .82$ auf. Zusätzlich wurde die Dimensionalität der Skala über eine Hauptkomponentenanalyse geprüft. Der Eigenwertverlauf der ersten drei Hauptkomponenten spricht für die Annahme einer Eindimensionalität der Skala (4.70 (1), 1.37 (2), .96 (3)). Es sei noch angemerkt, daß neun der verbliebenen Items der Skala sich lediglich auf die (fehlende) Vertrauenswürdigkeit von Politikern beziehen, so daß mit Hilfe dieses Instrumentes keine Aussagen mehr über Einschätzungen zur Kontrollierbarkeit des politischen Geschehens gemacht werden können.

(4) Bejahung politischer Konflikte

Durch die Skala "politische Entfremdung" wird die grundlegende Einstellung zu demokratischen Prinzipien und Institutionen nicht erfaßt. Wir haben deshalb ein Meßinstrument aufgenommen, das Überzeugungen zu demokratischen Methoden politisch-institutioneller Entscheidungsfindung thematisiert: die Demokratieskala von KAASE (1971), die neun Items zu den Bereichen Einstellungen zu politischen Institutionen, zur Legitimität von Konflikten, zu Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzung und zu individuellen Grundrechten enthält. Die Skala wurde um zwei Items gekürzt, und zwar um ein Item, in dem ein Statement zur Respektierung von Einzelinteressen uneindeutig formuliert ist, und das (einzige) Item zur Gewalt als Mittel politischer Konfliktlösung, das nach KAASE (1971, p. 233f.) einen eigenen Faktor markiert.

Bei der faktorenanalytischen Überprüfung wurden zwei Faktoren extrahiert, die zusammen 48% der Itemgesamtvarianz binden. Die aufgekürzte Varianz verteilt sich nach Varimaxrotation im Verhältnis 48% zu 52% auf die beiden Faktoren. Faktor 1 ist repräsentiert durch Items zur Bejahung von Konflikten (Beispielitem: "Jeder Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn er da-

mit die öffentliche Ordnung gefährdet."). Faktor 2 wurde - wie schon bei KAASE (1971) - durch Items markiert, die eine Zustimmung zu freier Meinungsäußerung und demokratischer Regierungsbildung repräsentieren (Beispielitem: "Jede demokratische Partei sollte grundsätzlich die Chance haben, an die Regierung zu kommen."). Die Zustimmung zu den letztgenannten Items war in beiden Stichproben sehr hoch, sie scheinen Konsensitems zu sein, so daß wir auf die Bildung einer Teilskala mit diesen Items verzichteten.

Es verblieben uns drei Items, die den ersten Faktor markieren, sie wurden zu der Teilskala "Bejahung politischer Konflikte" zusammengefaßt. Die mäßige interne Konsistenz von $\alpha = .60$ und die split-half Reliabilität von $r_{tt} = .52$ sind relativ zur geringen Zahl der Items zu bewerten.

(5) Distanz vs. Nähe zur Mehrheitsmeinung

Da nicht grundsätzlich Konsistenzen zwischen politischen Grundeinstellungen und Meinungen zu politischen Tagesfragen angenommen werden können, versuchten wir dies mit einer weiteren Skala zu überprüfen, in der aktuelle politische Themen (im Jahre 1982) angesprochen wurden, die auch von zentraler Bedeutung für die beiden Stichproben sein sollten. Sie enthielt neun Statements zur Relevanz der Bundeswehr (Beispielitem: "Die Bundeswehr ist ein wirksames Instrument zur Friedenssicherung."), zum Verteidigungskonzept der Bundeswehr und NATO (Beispielitem: "Das militärische Gleichgewicht zwischen NATO und Warschauer Pakt ist Voraussetzung für eine realistische Entspannungspolitik.") und der Friedensbewegung der 80er Jahre (Beispielitem: "Den Zielen der Friedensbewegung stehe ich positiv gegenüber. Sie zeigen, daß die Bevölkerung vernünftiger als die Politiker ist."). Wir versuchten diese Aussagen als Mehrheitsmeinung zu formulieren, so wie sie sich aus Repräsentativerhebungen führender Umfrageinstitute in den Jahren 1976-1982 darstellt. So können wir die Zustimmung bzw. Ablehnung eines Items als Distanz bzw. Nähe zur Mehrheitsmeinung interpretieren.

Zwei Items mußten wegen schwacher Trennschärfe aus der Skala genommen werden. Die interne Konsistenz der so reduzierten Skala betrug $\alpha = .93$, die split-half Reliabilität $r_{tt} = .90$. Zusätzlich wurde die Dimensionalität der Skala über eine Hauptkomponen-

tenanalyse geprüft. Der Eigenwerteverlauf der ersten drei Hauptkomponenten (5.43 (1), 1.01 (2), .65 (3)) spricht für die Eindimensionalität dieses Instrumentes.

(6) Parteipräferenzen

Neben der außerparlamentarischen Engagementbereitschaft wurden die Gruppen nach ihren Parteipräferenzen gefragt: "Angenommen, nächste Woche wären Bundestagswahlen. Welcher Partei würden Sie Ihre Stimme geben?" Folgende Antwortalternativen waren angeboten worden: "CDU/CSU; SPD; FDP; DKP; NPD; Demokratische Sozialisten; Grüne/Alternative; keine der Parteien, sondern ...; würde nicht wählen". Die Gruppe der Demokratischen Sozialisten wurde deshalb in die Liste aufgenommen, weil Mitte 1982 eine Teilnahme an der nächsten Bundestagswahl von den Mitgliedern diskutiert wurde.

3. Untersuchungshypothesen

Wir erwarteten, daß sich die Gruppe der Zivildienstleistenden von der Gruppe der Soldaten auf allen genannten Dimensionen unterscheiden lassen.

- (1) ZDL sollten eine geringere Tendenz als die Soldaten haben, innerstaatliche Gewalt zu rechtfertigen, sei es aus einer generalisier- ten, konsistenten Ablehnung von Gewalt als Mittel zur Konfliktlö- sung, sei es aus einer kritischeren Haltung gegenüber staatlicher Führungsnotwendigkeit (vgl. NAGEL & STARKULLA 1977).
- (2) Wir nahmen an, daß sich in der Gruppe der ZDL mehr Personen als in der Gruppe der Soldaten befinden, die bereit sind, sich auch außerhalb parlamentarischer und gerichtlicher Verfahren auf unkon- ventionelle Weise für ihre Vorstellungen von Recht und Gerechtig- keit politisch zu engagieren.
- (3) Wir erwarteten in der Stichprobe der ZDL häufiger und ausgeprägter politische Entfremdung im Sinne eines geringen Vertrauens in die politischen Funktionsträger als bei den Soldaten.
- (4) Eine Bejahung politischer Konflikte sollte in der Gruppe der ZDL häufiger und ausgeprägter anzutreffen sein als in der Stichprobe der Soldaten.
- (5) Die Meinungen der ZDL zur Bundeswehr, zur NATO und zur Verteidi- gungspolitik sollten - konsistent mit ihrer Verweigerung - weniger der Mehrheitsmeinung entsprechen als die der Soldaten, eine Hypo-

these, die aus den jeweiligen Entscheidungen zur Kriegsdienstverweigerung und zur Ableistung des Wehrdienstes ableitbar ist, wenn diese Entscheidungen nicht nur privatistischen Charakter für die jungen Männer haben.

- (6) Die Gruppe der ZDL als politisch kritische Minderheit sollte sich in bezug auf Parteipräferenzen von den Soldaten dahingehend unterscheiden, daß die älteren Parteien, die die Politik der Bundesrepublik Deutschland, einschließlich der Wehrpolitik in Regierung und Opposition bisher gestaltet und zu verantworten haben, weniger präferiert werden als neue Parteien, die sich als Alternativen zu den alten Parteien darstellen.

4. Ergebnisse

Die Hypothesen wurden über die Prüfung von Mittelwertsunterschieden auf statistische Signifikanz (Signifikanzniveau $p = .01$) getestet. Zudem wurden Diskriminanzanalysen berechnet, um überprüfen zu können, ob die Befragtengruppen anhand der gewählten Konstrukte unterschieden und treffend ihrer jeweiligen Gruppe zugeordnet werden können. Die Unterschiede zwischen den Gruppen werden zum Teil auch über Verteilungstabellen veranschaulicht.

(1) Rechtfertigung innerstaatlicher Ordnungsgewalt

Wie Tabelle 3 veranschaulicht, tendieren die ZDL in sehr viel geringerem Maße zu einer Legitimation innerstaatlicher Ordnungsgewalt als die Soldaten. Die Mittelwertsunterschiede sind hoch signifikant ($p = .01$). Bei der Bildung von Mittelwerten über die Gesamtskala zeigen sich ebenfalls signifikante Unterschiede zwischen den beiden Gruppen ($p = .01$). Die Trennung von ZDL und Soldaten mit Hilfe der Diskriminanzanalyse erbrachte folgendes Ergebnis: 86% aller Fälle wurden korrekt klassifiziert, 8 ZDL und 17 Soldaten wurden der jeweils anderen Gruppe zugeordnet. Inhaltlich ist hervorzuheben, daß ZDL und Soldaten die Auslöschung von Menschenleben wie Mord, Todesstrafe und Hinrichtung mehrheitlich ablehnen, die Mehrheit der Soldaten aber z.B. härtere Gerichtsurteile und eine Verstärkung der Schlagkraft der Polizei als eine legitime Reaktion auf Gewalt von Einzelnen oder Gruppen ansieht. Die Mehrheit der ZDL lehnt den Gebrauch physischer Gewalt als Konfliktlösungsmittel auffallend rigoros ab.

(2) Bereitschaft zu unkonventionellem politischem Engagement

Es wurden Summenwerte über die Teilskalen zu den vier Anlaßsituationen gebildet. Tabelle 4 veranschaulicht die Unterschiede zwischen den ZDL und den Soldaten. Die Summenmittelwerte unterscheiden sich signifikant voneinander ($p = .01$). Bei der diskriminanzanalytischen Trennung der beiden Gruppen erwies sich die Anlaßsituation 1 (in- und ausländische Menschenrechtsverletzung) mit 85% richtigen Klassifikationen vor den anderen Situationen als die diskriminanzstärkste. Was den Inhalt oder die Formen des politischen Engagements anbelangt, ist festzuhalten, daß ZDL wie Soldaten einen bewaffneten Kampf mit deutlicher Mehrheit ablehnen. Die deutlichsten Unterschiede fanden sich über alle Situationen hinweg hinsichtlich der Bereitschaft, an einem Sitzstreik bzw. an einer Besetzung, sowie an Demonstrationen mit eventuell gewalttätigen Auseinandersetzungen teilzunehmen. Hier zeigen die ZDL - zwar weit weniger als bei den "friedlicheren" Formen des Protests - eine höhere Teilnahmebereitschaft als die Soldaten (vgl. Tabelle 5).

(3) Politische Entfremdung

Die Unterschiede zwischen den beiden Gruppen sind in Tabelle 6 veranschaulicht. Auf Itemebene finden sich bei vier Items nicht-signifikante ($p = .01$) Mittelwertsunterschiede zwischen ZDL und Soldaten (diese Items sind nicht in Tabelle 6 aufgenommen). Die Mittelwertsunterschiede über die Gesamtskala sind zwar signifikant ($p = .01$), der Versuch einer diskriminanzanalytischen Trennung der beiden Gruppen anhand dieser Skala gelang aber nicht gut. Nur 76% richtige Zuordnungen (bei 50% Ausgangswahrscheinlichkeit) können auf der Basis der Entfremdungsskala erreicht werden. 20 ZDL und 22 Soldaten wurden der jeweils anderen Gruppe zugeordnet. Inhaltlich fällt auf, daß die Mehrheit beider Gruppen wenig Vertrauen in politische Funktionsträger hat und die Einflußmöglichkeiten auf das Handeln der Regierung als eher gering einschätzen, soweit man letzteres aus dem Antwortverhalten zu lediglich einem Item schließen kann. Das gleiche Bild hat sich auch bei den nicht-signifikant verschiedenen Reaktionen gezeigt: Beide Gruppen hegen mehrheitlich Mißtrauen gegen die Zuverlässigkeit und Integrität von Politikern.

(4) Bejahung politischer Konflikte

Die Demokratieskala von KAASE (1971) brachte als erstes Ergebnis eine übereinstimmend hohe Zustimmung bei ZDL und Soldaten zu den formalen und institutionalisierten Verfahrensweisen der Demokratie. In der Teilskala "Bejahung politischer Konflikte" werden hingegen signifikante Unterschiede sichtbar ($p = .01$). Die ZDL bejahen politische Konflikte, während die Soldaten ihre Bedeutung durchschnittlich skeptisch beurteilen (vgl. Tabelle 7). Eine Trennung der Gruppen anhand der Konfliktdimension gelang mit einer 82%igen Zuordnungsgenauigkeit (12 ZDL und 20 Soldaten wurden falsch klassifiziert).

(5) Distanz vs. Nähe zur Mehrheitsmeinung über die Bedeutung von Bundeswehr und NATO

Die Einstellungen zu Bundeswehr, NATO und der Friedensbewegung der 80er Jahre wurden mittels einer Skala "Distanz zur diesbezüglichen Mehrheitsmeinung" überprüft. Tabelle 8 veranschaulicht die Differenzen zwischen ZDL und Soldaten. Ein Vergleich der Mittelwerte ergibt signifikante Unterschiede ($p = .01$). In keinem Fall äußert sich die Gruppe der Soldaten distanzierter als die Gruppe der ZDL. Auch die diskriminanzanalytische Trennung der Gruppen war mit 90% Zuordnungsgenauigkeit erfolgreich. Die höchsten Ladungen auf der Diskriminanzfunktion wiesen folgende Items auf:

- "Es ist absolut notwendig, daß unser Land Mitglied im westlichen Verteidigungsbündnis bleibt." (Diskriminanzkoeffizient: $-.401$)
- "Die Bundeswehr muß sich auf einen Verteidigungskrieg vorbereiten, wenn wir uns bei einer militärischen Invasion nicht wehrlos überrollen lassen wollen." (Diskriminanzkoeffizient: $-.319$)
- "Das militärische Gleichgewicht zwischen NATO und Warschauer Pakt ist Voraussetzung für eine realistische Entspannungspolitik." (Diskriminanzkoeffizient: $-.211$)

Die Ladungen der Koeffizienten sind erwartungskonform.

(6) Parteipräferenzen

Wie aus Tabelle 9 ersichtlich, zeichnen sich deutliche Unterschiede zwischen ZDL und Soldaten bezüglich ihrer Parteipräferenzen ab. Wie von uns erwartet, präferiert die Gruppe der ZDL mit deutlicher Mehrheit die Partei der GRÜNEN, die zum Befragungszeitpunkt noch nicht im Bundestag vertreten war und sich inzwischen aus verschie-

denen Protestbewegungen als alternative Partei profiliert hat. Die Mehrheit der Soldaten entschied sich für die CDU/CSU.

(7) Diskrimination der ZDL und Soldaten auf der Basis aller Dimensionen

Zum Abschluß stellt sich die Frage, welche Diskriminationskraft die für diese Studie als Unterscheidungskriterien für die Gruppen der Soldaten als Repräsentanten der Bevölkerungsmehrheit und der ZDL herangezogenen Konstrukte insgesamt besitzen. Hierfür wurden alle genannten Dimensionen in eine Diskriminanzanalyse einbezogen. Es gelang eine Zuordnungsgenauigkeit von 92% für 163 Befragte. 6 ZDL und 7 Soldaten wurden nicht korrekt klassifiziert.

Dieser Befund stützt die Annahme, daß tatsächlich Unterscheidungskriterien für die beiden Stichproben gefunden wurden. In die Diskriminanzfunktion gehen die verschiedenen Dimensionen mit unterschiedlichem Gewicht ein. Das Konstrukt "Einstellung zur Bundeswehr und NATO"- operationalisiert als Distanz zur diesbezüglichen Mehrheitsmeinung - geht mit dem höchsten Gewicht in die Diskriminanzfunktion ein, gefolgt von der Einschätzung innerstaatlicher Ordnungsgewalt, der Bejahung politischer Konflikte in der Demokratie und der Bereitschaft zu unkonventionellem politischem Engagement zu verschiedenen Anlässen (vgl. Tabelle 10).

5. Diskussion

Die in dieser Studie zur Charakterisierung der Kriegsdienstverweigerer als Minderheit, spezifischer: zur Charakterisierung der Unterschiede zwischen den ZDL als Vertreter der Minorität und den Soldaten als Vertreter der Majorität, verwendeten Skalen haben sich insofern als Unterscheidungskriterien bewährt, als sie eine recht gute Diskrimination der beiden Gruppen leisten.

Ausgehend davon, daß die Ablehnung physischer Gewalt (im Falle eines Krieges) von den Verweigerern auch für die Gewaltanwendung bei innerstaatlichen Konflikten gilt, wurden Einstellungen zum Einsatz staatlicher Gewalt erhoben. Es zeigte sich hierbei ein sehr deutlicher Unterschied zwischen den beiden Stichproben. Die Mehrheit der ZDL äußert eine auffallend rigorose Verneinung der Legitimität physischer

Gewaltanwendung durch staatliche Organe. Demgegenüber hält eine Mehrheit der Soldaten die Gewaltanwendung für ein legitimes Mittel zur Lösung innerstaatlicher Konflikte.

Dieses Ergebnisbild läßt die Interpretation zu, daß bei den ZDL tatsächlich eine ausgeprägte Ablehnung von Gewalt innerhalb unseres Gesellschaftssystems vorhanden ist.

Um abzuklären, zu welchen Protestformen die Verweigerer selbst bereit wären, um eigene Auffassungen zu vertreten, haben wir versucht, ihre Bereitschaft zu politischem Engagement von der Teilnahme an einer Unterschriftenaktion bis zur Gewaltanwendung gegen Personen zu erfassen. Diesbezüglich sind die Ergebnisse zu den vier Teilskalen der Bereitschaft zu unkonventionellem politischem Protest interessant. Beide Gruppen finden sich mehrheitlich zu einer Teilnahme an Unterschriftenaktionen, friedlichen Demonstrationen und Unterstützung durch Spenden bereit. Signifikante Unterschiede gibt es derart, daß in der Gruppe der ZDL auch Kundgebungen mit eventuell gewalttätigen Auseinandersetzungen und Sachschäden häufiger in Kauf genommen würden als in der Gruppe der Soldaten. Insgesamt zeigt die Gruppe der ZDL eine wesentlich höhere Bereitschaft zur Teilnahme an außerparlamentarischen Protestformen als die Gruppe der Soldaten.

Die große Bereitschaft der ZDL zu außerparlamentarischem politischem Engagement wirft die Frage auf, wie die ZDL die Funktionsfähigkeit des parlamentarischen Systems der Bundesrepublik einschätzen. Wir haben uns dieser Frage über die Dimension "Politische Entfremdung" genähert. Sie enthält allerdings nur den Aspekt der Einschätzung der Vertrauenswürdigkeit von Politikern. Wir nahmen an, daß die ZDL entfremdeter als die Soldaten sind, und zwar in Form eines größeren Mißtrauens gegenüber politischen Funktionsträgern.

In der Tat unterscheiden sich die beiden Gruppen bezüglich politischer Entfremdung in der erwarteten Richtung. Dabei ist festzuhalten, daß auch die Mehrheit der Gruppe der Soldaten eher wenig Vertrauen in die Politiker setzt. Dieses generell relativ hohe Maß an Skepsis läßt zwei Interpretationsmöglichkeiten zu: Einmal scheint das Mißtrauen beider Gruppen eine allgemeine Tendenz unter jungen Leuten widerzuspiegeln, neueste Befragungsergebnisse belegen dies (vgl. etwa Jugend-

werk der Deutschen Shell 1981), wobei die stärkere Ausprägung des Mißtrauens bei den ZDL aufgrund ihres Minderheitenstatus als Verweigerer erwartungsgemäß ist. Möglicherweise ist eine solche Grundeinstellung auch durch die tagespolitischen Auseinandersetzungen Ende des Jahres 1982 verstärkt worden. Zu erinnern wäre beispielsweise an die ersten größeren Veröffentlichungen zur Flick-Spendenaffäre in dieser Zeit.

Trotz des Mißtrauens gegenüber Politikern ist die Zustimmung zur Demokratie bei ZDL wie bei Soldaten unumstritten. Beide Gruppen befürworten mit sehr hohen Zustimmungswerten Methoden institutioneller demokratischer Entscheidungsfindung. Differenzen zwischen ZDL und Soldaten treten bei der Bewertung von Konflikten innerhalb einer Demokratie auf. Keiner der Soldaten hält politische Auseinandersetzungen für sehr wichtig, während dies gut ein Drittel der ZDL tun. Schon KAASE (1971, p. 216) stellte bei der Bevölkerungsmehrheit ein "Fehlen der Konfliktdimension" bzw. ein "absolutes Bedürfnis nach Harmonie" fest. Die Soldaten gehen anscheinend in ihrem Harmoniestreben mit der Bevölkerungsmehrheit konform. Das höhere Ausmaß an Konfliktbejahung bei den ZDL kann als minderheitenspezifisch angesehen werden.

Erwähnenswert ist noch, daß neben der Verteidigungspolitik noch zwei weitere Themen angesprochen wurden, die Einstellung zu Gastarbeitern und die Einstellung zum Umweltschutz. Beide Gruppen betonen übereinstimmend die Notwendigkeit umweltbewußten Lebens. Während die ZDL zur Lösung der Umweltprobleme grundsätzliche Gesellschaftsänderungen für wichtiger halten als bessere wirtschaftliche und technische Entwicklungen, präferieren die Soldaten mehrheitlich Verbesserungen in Wirtschaft und Technik. Auch hinsichtlich der Einschätzung des Gastarbeiterproblems unterscheiden sich die beiden Gruppen. 62% der Soldaten sahen in der hohen Ausländerquote eine Gefährdung für Deutschland, während 76% der ZDL dies für ungefährlich hielten.

Die Frage, wie bereichsspezifisch die Differenz zwischen ZDL und Soldaten bezüglich der Einstellungen zu konkreten politischen Themen sind, läßt sich vielleicht aus den unterschiedlichen Parteipräferenzen dieser beiden Stichproben erkennen. 70% der Soldaten präferieren die "alten" Parteien CDU, SPD und FDP, die bisher in Regierung und Opposition die Politik in der Bundesrepublik Deutschland bestimmt haben, während es bei den ZDL nur 27% sind. Die deutliche Mehrheit der ZDL

präferiert die aus Protestbewegungen entstandene Alternativpartei "Die Grünen". Die Ergebnisse dieser Studie lassen den Schluß zu, daß die Gruppe der ZDL in ihrer Mehrheit eine kritische politische Minorität darstellt.

Ausgehend von der hohen Diskriminationsfähigkeit der gewählten Skalen lassen sich ZDL und Soldaten wie folgt typisieren: Der "typische" Kriegsdienstverweigerer hat eine große Distanz zur Mehrheitsmeinung bezüglich der Bundeswehr und NATO, lehnt eine Rechtfertigung innerstaatlicher Gewalt ab, bejaht die Bedeutung politischer Konflikte und ist bei Rechts- und Menschenrechtsverletzungen zu unkonventionellem politischem Engagement bereit. Er hat wenig Vertrauen zu politischen Funktionsträgern und sympathisiert mit der Partei der GRÜNEN, einer alternativen Partei mit deutlicher linker Tendenz, worin sich eine generalisierte kritische Haltung gegenüber der bisherigen Politik in der Bundesrepublik äußert.

Im Gegensatz hierzu teilt der "typische" Soldat die Mehrheitsmeinung zu Bundeswehr und Bündnissystem, bejaht verstärkte innerstaatliche Ordnungsgewalt, beurteilt die Bedeutung politischer Konflikte eher als gering und ist zurückhaltend in der Bereitschaft zu außerparlamentarischen Protestformen. Das Mißtrauen gegenüber politischen Funktionsträgern ist zwar vorhanden, aber weniger stark ausgeprägt, was sich auch in der Präferenz der "alten" Parteien in der Bundesrepublik Deutschland äußern mag.

Selbstverständlich sind diese Charakterisierungen Aussagen über Stichproben, deren Repräsentativität für die Gesamtheit der Zivildienstleistenden und der Soldaten nicht gültig beurteilt werden kann.

Literatur

- BEUTEL, P., KÜFFNER, H. & SCHUBÖ, W., SPSS8. Statistik-Programm-System für die Sozialwissenschaften. Stuttgart 1980³.
- BLUMENWITZ, D., Wehrpflicht und Ersatzdienst. München 1978.
- BRINGMANN, J., ... dem Frieden dienen? Wozu Bundeswehr? Schriftenreihe des Jugendhauses Düsseldorf 16, 1975, S. 37 - 96.
- HECKER, K. & SCHUSSER, H., Bundeswehr und Zivildienst. Aspekte der Ausbildung und Sozialisation. München 1980.
- INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH, Jahrbuch 1983, S. 327.
- JAENECKE, H., Gut für jede Drecksarbeit. Stern Nr. 32, 1977, S.74-77.
- JAIDE, W., Achtzehnjährige - zwischen Reaktion und Rebellion. Opladen 1978.
- JUGENDWERK DER DEUTSCHEN SHELL, Jugend '81. Lebensentwürfe, Alltagskulturen, Zukunftsbilder. Hamburg 1981.
- KAASE, M., Demokratische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland, in: R. WILDENMANN (Hrsg.) Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik, Bd. 2, München 1971, S. 119 - 316.
- KEPPLINGER, H.M. & HACHENBERG, M., Die fordernde Minderheit. Eine Studie zum sozialen Wandel durch abweichendes Verhalten am Beispiel der Kriegsdienstverweigerung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 32, 1980, S. 508 - 534.
- KRÖLLS, A., Kriegsdienstverweigerung, Frankfurt 1980, S. 44 - 114.
- LIPPERT, E., SCHNEIDER, P. & ZOLL, R., Sozialisation in der Bundeswehr, in: Schriftenreihe Innere Führung 25, Bonn 1976.
- NAGEL, E.-J. & STARKULLA, H.W., Einstellungen von Wehrdienstverweigerern und Soldaten. Eine empirische Untersuchung, in: Entwicklung und Frieden, Wissenschaftliche Reihe 14, Mainz 1977.
- ROEDER, H., Kriegsdienstverweigerer und Freiwillige im Vergleich. Der Einfluß der Familienstruktur auf das Verhältnis zum Militär, in: Friedensanalysen 6, 1977, S. 78 - 108.
- RÖSSLER, T.G., Wehrstrukturprobleme der Bundeswehr, in: R. ZOLL (Hrsg.) Wie integriert ist die Bundeswehr? München 1979, S. 219 - 233.
- SCHÖNBORN, M., Public opinion and security policy. Stability and change in public perception in the Federal Republic of Germany and the United States, in: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr (Hrsg.) Bericht 26, 1981, S. 96 - 183.
- SEIDLER, F. & REINDL, H., Kontrovers Wehrdienst - Zivildienst. Bonn 1979.

Tabelle 1: Bildungsniveau und Alter der ZDL und Soldaten

	ZDL (N = 92)	Soldaten (N = 85)
Angaben in Prozent		
<u>Alter</u>		
18 - 21 Jahre	71	91
22 - 25 Jahre	23	9
26 - 28 Jahre	6	-
<u>Schulbildung</u>		
Realschule	17	2
Fachhochschulreife	20	9
Abitur	51	85
Universitätsbesuch (ohne Abschluß)	3	-
Universitätsabschluß	9	3

Tabelle 2: Skalogramm-Analyse über die Skala "Bereitschaft zu unkonventionellem politischem Engagement"

	Anlaß 1	Anlaß 2	Anlaß 3	Anlaß 4
Reproduzibilität	.87	.88	.89	.89
Skalierbarkeit	.57	.56	.62	.62

Tabelle 3: Legitimation innerstaatlicher Ordnungsgewalt durch ZDL (N = 91) und Soldaten (N = 84)

Items	ZDL		Soldaten		p ≤ .01
	M _x	s _x	M _x	s _x	
Der Staat hat das Recht, seine inneren Feinde durch Verhaftung oder Ausweisung unschädlich zu machen.	5.35	1.04	3.03	1.62	+
Das Recht auf friedliche Demonstration ist unantastbar. Gegen Gewalt bei Demonstrationen muß der Staat aber notfalls mit aller Härte vorgehen.	4.08	1.51	2.19	1.30	+
Es ist gerechtfertigt, nach dem Sturz eines Unrecht-Regimes jene, die folterten und Folter anordneten, hinzurichten.	5.29	1.12	4.12	1.71	+
Gewalttäter sollten härter bestraft werden.	4.76	1.23	2.77	1.49	+
Unsere Gerichte bagatellisieren viele Straftaten. Härtere Urteile würden die Rechtssicherheit aller Leute erhöhen.	5.16	1.10	3.33	1.42	+
Mit Polizeieinsatz kann man die Freiheit und Rechtssicherheit nicht verteidigen.	2.16	1.33	3.39	1.38	+
Es gibt Verbrechen - wie Kindesentführung oder Erpressung - für deren Sühne die Todesstrafe wieder eingeführt werden müßte.	5.75	.84	4.39	1.53	+
Die Polizei sollte für die Bekämpfung von gewaltsamen Demonstrationen mit wirkungsvolleren Waffen ausgestattet sein.	5.53	1.02	3.83	1.63	+

Die Antwortkategorien reichen von 1 bis 6.
1 heißt: "stimme voll zu", 6 heißt: "lehne voll ab".

Tabelle 4: Verteilung der Befragten auf der Skala Bereitschaft zu unkonventionellem politischem Engagement (ZDL: N= 90 ; Soldaten: 85 N 86), (Angaben in %)

Indexwert	Name der Kategorie	Anlaß 1		Anlaß 2		Anlaß 3		Anlaß 4	
		ZDL	SOLD	ZDL	SOLD	ZDL	SOLD	ZDL	SOLD
9 - 18	bereit bis sehr bereit	13	--	14	2	18	2	13	5
19 - 27	eher bereit	42	7	41	11	41	15	41	13
28 - 36	eher nicht bereit	37	40	37	46	33	31	38	40
37 - 54	wenig bis überhaupt nicht bereit	8	53	8	41	8	52	8	42

- 20 -

Niedrigstmögliche Ausprägung: 54
Höchst mögliche Ausprägung: 9

Tabelle 5: Bereitschaft der ZDL (N = 86) und Soldaten (N = 85) zu unkonventionellem politischem Engagement anlässlich der Situation 1

Items	Anlaßsituation 1				
	M _x	ZDL s _x	Soldaten M _x	s _x	P < .01
Ich würde es auf einen bewaffneten Kampf ankommen lassen, falls ich keine andere Möglichkeit mehr sehe.	5.12	1.24	5.60	.77	+
Ich würde an einer Kundgebung teilnehmen, auch wenn die Gefahr besteht, daß es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kommen kann.	3.20	1.50	5.10	1.01	+
Notfalls würde ich auch Sachschäden in Kauf nehmen, wenn damit dem Widerstand wirklich gedient ist.	3.41	1.37	4.94	1.14	+
Ich würde einen Sitzstreik oder eine Besetzung vor Ort mitmachen, um gegen die Verstöße zu protestieren.	3.06	1.29	4.89	1.06	+
Ich würde Flugblätter herstellen und/oder verteilen, in denen auf diese Mißstände aufmerksam gemacht wird.	3.00	1.22	3.94	1.11	+
Ich würde einer Initiative beitreten, die mit friedlichen Mitteln diese Mißstände bekämpft.	2.96	1.19	3.95	1.19	+
Ich würde mit Spenden die Betroffenen oder eine Vereinigung, die dagegen etwas unternimmt, unterstützen.	2.88	1.15	3.29	1.32	-
Ich würde bei einer friedlichen Demonstration mitgehen, die gegen diese Verstöße protestiert.	1.88	.98	3.19	1.34	+
Ich würde mit meiner Unterschrift bei einer Unterschriftenaktion dagegen protestieren.	1.33	.66	2.41	1.35	+

Die Antwortkategorien reichen von 1 bis 6.
1 heißt: "ganz sicher", 6 heißt: "ganz sicher nicht".



Tabelle 6: Politische Entfremdung der ZDL (N = 89) und Soldaten (N = 86)
(Auswahl von Items der Entfremdungsskala von JAIDE)

Items	ZDL		Soldaten		p \leq .01
	M _x	s _x	M _x	s _x	
Die Bevölkerung wird sehr oft von den Politikern betrogen.	1.77	.97	2.23	1.12	+
Man kann darauf vertrauen, daß die Entscheidungen der Politiker im Interesse des Volkes getroffen werden.	4.94	1.04	3.98	1.11	+
Was ein Politiker verspricht, hält er selten oder nie.	2.49	1.10	3.18	1.24	+
Es gibt einige starke und mächtige Männer in der Regierung, die alles machen. Die kümmern sich nicht um uns einfache Leute.	2.88	1.13	3.61	1.12	+
Die Abgeordneten interessieren sich kaum für die Probleme der Leute, von denen sie gewählt werden.	3.20	1.20	3.75	1.17	+
Es ist eigentlich gar nicht so schlecht, was die von uns gewählten Politiker leisten.	4.51	1.05	3.58	1.12	+

Die Antwortkategorien reichen von 1 bis 6.
1 heißt: "stimme voll zu", 6 heißt: "lehne voll ab".

Tabelle 7: Bejahung politischer Konflikte durch die ZDL (N = 91) und die Soldaten (N = 84)

Items	ZDL		Soldaten		p \leq .01
	M _x	s _x	M _x	s _x	
Die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen in unserer Gesellschaft und ihre Forderungen an die Regierung schaden dem Allgemeinwohl.	5.12	1.38	4.29	1.44	+
Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn er damit die öffentliche Ordnung gefährdet.	5.09	1.23	2.87	1.41	+
Aufgabe der politischen Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie in ihrer Arbeit zu unterstützen.	4.80	1.22	3.37	1.55	+

Die Antwortkategorien reichen von 1 bis 6.
1 heißt: "stimme voll zu", 6 heißt: "lehne voll ab".

Tabelle 8: Distanz der ZDL (N = 88) und Soldaten (N = 86) zur Mehrheitsmeinung

Indexwert	Name der Kategorie	ZDL (Antworten in %)	Soldaten
7 - 10	starke Distanz	38	2
11 - 24	mittlere Distanz	58	22
25 - 38	mittlere Nähe	4	71
39 - 42	große Nähe	-	5

Tabelle 9: Parteipräferenz der ZDL (N = 87) und Soldaten (N = 82)

Antwortalternativen	ZDL (Antworten in %)	Soldaten
CDU/CSU	2	43
SPD	23	29
FDP	3	1
GRÜNE/Alternative	63	12
DKP	-	1
Demokratische Sozialisten	1	2
keine der Parteien	3	2
würde nicht wählen	3	11

Tabelle 10: Diskriminanzanalyse über die Konstrukte "Politische Entfremdung" (ENTF), "Legitimation innerstaatlicher Ordnungsgewalt" (GEWA), "Bejahung von Konflikt" (DEMOK), "Distanz zur Mehrheitsmeinung" (MAJO) und "Bereitschaft zu unkonventionellem politischem Engagement" (AKTE 1 - AKTE 4)

Variable	ZDL M_x	s_x	SOLD M_x	s_x	χ^2_F (1/161)	Diskriminanz- koeffizient
MAJO	13.12	5.72	28.50	6.62	251.61	.487
GEWA	40.96	5.24	27.04	7.37	192.88	-.273
DEMOK	6.00	2.61	10.55	2.96	108.40	.189
AKTE 4	26.73	7.23	35.00	8.48	44.82	-.166
AKTE 1	26.54	6.79	37.38	7.24	97.01	.125
AKTE 2	25.53	6.31	35.09	7.51	77.42	.098
ENTF	26.80	7.12	32.41	8.10	22.06	.068
AKTE 3	26.01	7.11	36.50	8.99	68.34	.067

Kanonische Korrelation = .819 $\chi^2_{(df=8)} = 174.04$ $\chi^2_{krit. (8;99\%)} = 20.09$

[†] Der kritische F-Wert für 1/161 Freiheitsgrade ($p \leq .01$) beträgt $F = 6.76$.

Verteiler:

PSYCHOLOGISCHER DIENST DER BUNDESWEHR
BWB mit je 1 NA für ErpSt 5 x
BWVA mit je 1 NA für WBV I - VI 7 x
FlMedInstLw, Abt. VI 1 x
HFlgWaS, BerPsych 1 x
PSABw mit je 1 NA für OPZ u. FrwAnSt/ZM 6 x
SchiffMedInstM, Abt. IV 1 x
SKA, Dez Wehrpsychologie 4 x
BwZKrhs, KlinPsych, Koblenz 1 x
BwKrhs Gießen, KlinPsych 1 x
BwKrhs Hamburg, KlinPsych 1 x
BwKrhs München, KlinPsych 1 x
BwKrhs Ulm, KlinPsych 1 x

BUNDESMINISTERIUM DER VERTEIDIGUNG

IPS 3 1 x
Fü S I 1 x
Fü S I 4 mit NA für ZInFüBw 2 x
Fü S I 6 mit NA für SwInstBw 2 x
Fü S I 7 1 x
Fü S I 10/SdB UniBw 1 x
Fü S III 9 1 x
Fü H I 1, 3 2 x
Fü L I 1, 3 2 x
Fü M I 1, 3 2 x
VR III 7, 9 2 x
P I 4 1 x
P II 1, 2, 3, 5, 6, 7, 8 7 x

SONSTIGE

Prof. Dr. Montada, Universität Trier 10 x
Prof. Dr. Royl, Universität der Bw München 1 x
RDir Gerull, BMJFG, Referat 223, 5300 Bonn 2 1 x
Universität der Bw Hamburg 1 x
Universität der Bw München 1 x

DokZentBw 2 x
Reserve 9 x

=====
80 x